

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neuigkeiten) — (Niederwallener Zeitung)

Erscheint: Dienstage,
Donnerstage, Samstage

Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.

Verantwortlicher Schriftleiter
Wilh. Probst, Schierstein.

Anzeigen
Zeilen die einpaarige Kolonelle
oder deren Raum 16 Wp.
Für auswärtige Besteller 20 Wp.
Reklamen 60 Wp.

Bezugspreis
monatlich 80 Wp., mit Fragner-
lohn 85 Wp. Für die Post
bezogen vierteljährlich 2.55 Wp.
auschl. Bestellgeld.

Fernruf Nr. 164.

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Fernruf Nr. 164

Nr. 10.

Donnerstag, den 23. Januar 1919.

27. Jahrgang

Vor dem Abgrund.

Vor kurzem führte Karl Rautsky in der „Freiheit“ aus: „In Bausch und Bogen alles für nationalisiert erklären und dann hinterdrein darangeben, die Bedingungen dafür zu schaffen, heißt das Pferd beim Schwanz aufhängen, heißt ein Übergangsstadium schaffen, in dem kapitalistische Produktion nicht mehr und sozialistische noch nicht möglich, ein Stadium, in dem rationelle Produktion überhaupt nicht möglich ist. Es heißt, vorübergehend die Produktion zum Stillstand bringen. Eine solche Art Sozialismus gerade jetzt im Augenblick der Demobilisierung durchzuführen oder auch nur fordern, heißt Deutschland in ein Tollhaus verwandeln.“ In dieses Tollhaus scheinen wir tatsächlich hineingetrieben zu werden durch den blinden Haß der Arbeiter, zumal da ihre Führer die Waffen ganz aus der Hand verloren haben. Man mag noch so angestrengt den arbeitenden Klassen klar zu machen versuchen, daß sie durch ihr Treiben unter Wirtschaftslieben geritten, die gesamte Staatswirtschaft in den Abgrund stürzen und damit sich selbst den Abgrund auf dem sie stehen: zur besseren Einsicht befehlen sie sich nicht. Nachdem man in Berlin dem Treiben der Spartakusleute endlich Einhalt geboten und ihre Machtkellung beseitigt hat, versucht Spartakus im wirtschaftswirtschaftlichen Gewerbegebiet die Macht an sich zu reißen. Um dieses Ziel zu erreichen, plant die Spartakusgruppe die sofortige Ausführung des von der Reichsregierung genehmigten Beschlusses des Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte auf sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaus, unbestimmt darüber, ob dadurch die völlige Auflösung der Ordnung herbeigeführt wird.

Obwohl die Regierung mit allem Nachdruck auf ihrem Standpunkt beharrt, daß drückende Sozialisierungsmaßnahmen unter allen Umständen unzulässig und rechtswidrig sind, trübt man im Ruhrkohlenbezirk, elasti die Vorbereitungen zur Sozialisierung der Kohlenbergwerke, ohne in eine Prüfung darüber einzutreten oder auch nur zu überlegen, ob die Sozialisierung des Kohlenbergbaues im jetzigen Augenblick die Zerstörung unserer Wirtschaft nicht herbeiführt. Ohne Rücksicht auf die momentanen Notlage der Arbeiter und Soldaten, die durch die Arbeitsunterbrechung und die Abnahme der Kohlenproduktion nicht mehr aus, um den Bedarf an Brennstoffen im Lande zu befriedigen. Elektrizitätswerke und Gasanstalten sind kaum noch in der Lage, die Versorgung der Städte mit Strom und Gas ausrecht zu erhalten. Was aber das Fehlen von elektrischer Kraft und von Gas für fast sämtliche gewerbliche Unternehmungen bedeutet, ist jedem vernünftigen Menschen klar.

Aus eigener Nachvollkommenheit und mit Unterdrückung jeglicher Rücksicht hat nun am 13. Januar die im Saarbau zu Essen abgehaltene Bezirksversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte beschlossen, die führenden Organe des Kohlenbergbaues, nämlich das Kohlen-Syndikat, den Bergbau-Verein und den Bechert-Verband, zu besetzen und die drückende Sozialisierung des Ruhrkohlenbergbaues ohne weiteres durchzuführen. Dabei verfährt man genau nach dem Muster der russischen Sowjet-Regierung. Man trifft bereits mit aller Eile die Vorbereitungen für das sogenannte Staatssystem, das darin besteht, daß zunächst Revierräte gebildet werden, in die auf je 200 Arbeiter ein Vertreter gewählt werden kann. Diese Revierräte sollen über Lohn- und andere Fragen mit den Arbeitgebern verhandeln. Von den Revierräten werden dann die Bezirksräte gewählt. Diese wählen die Bezirkskomitees, und als oberstes Organ wird der Zentralrat, der mit der Regierung über die den Bergbau betreffenden Fragen verhandeln soll. Nach einem von der Essener Sparatagruppe aufgestellten Plan kann jeder Bergmann, der das 18. Lebensjahr vollendet hat, wählen, und jeder, der das 25. Lebensjahr vollendet hat, gewählt werden. Der zur Sozialisierung der Ruhrkohlenbergwerke und mit der Überwachung der Geschäftsführung des Bergbauvereins und des Bechertverbandes beauftragte Ausschuß, der seinen Sitz im Bergbauverein hat, und dem vornehmlich Vertreter der Spartakusgruppe und der Unabhängigen Sozialdemokraten angehören, hat bereits verschiedene Beschlüsse gefaßt, bestimmte namhaft gemachte Arbeiter und Beamte sofort als Vertrauensleute und Beisitzer zu beurlauben. Die Löhne und Gehälter müssen für diese Leute von den Bechert-Verband weitergezahlt werden. Die Leiter der Bechert, die in jahrzehntelanger Arbeit ihr ganzes Können darangelegt haben, dem Deutschen Reich eine mächtige Arbeitsgelegenheit zu schaffen, sollen kurzerhand entlassen und an ihre Stelle Leute gesetzt werden, denen einfache volkswirtschaftliche Dinge unbekannt sind. Es genügt durchaus nicht, wenn die Regierung gegen diese eigenmächtigen Eingriffe einer kleinen, von Hirnverbrannten geleiteten Gruppe auf dem Papier Maßnahmen ergreift, sondern es ist allerhöchste Zeit, daß sie tatkräftig den blindewichtigen Eigenbrötleien des Essener Arbeiter- und Soldatenrates Einhalt gebietet. Nur dann wird es möglich sein, den Kohlenbergbau, das Rückgrat unseres ganzen Wirtschaftslebens, vor völliger Zerrüttung zu bewahren.

Die Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung wurde laut Regierungsbefehl auf den 6. Februar nach Weimar einberufen.

Zur Einberufung der Nationalversammlung nach Weimar verläutet: Man rechnet mit einem Gesamtbesuch von 1200—1500 Personen. Die Regierung selbst ließ durch den Unterstaatssekretär Waacke wissen, daß in bezug auf die Nachrichtenverfolgung alles getan werden soll, was möglich ist. Ueber die Gründe zur Einberufung der Nationalversammlung nach Weimar hat sich die Regierung folgendermaßen geäußert:

„Trotzdem zunächst vor allen Dingen in der Berliner Presse der Versammlungsort Weimar verurteilt worden ist, bestehen doch genügend politische Gründe, um diesen Schritt zu rechtfertigen. Die Nationalversammlung soll ein neues Deutschland schaffen. Dieses neue Deutschland heißt auch, die deutschen Gebiete Oesterreichs zu umfassen. Es müßte ein Ort gewählt werden, über dessen Zweckmäßigkeit alle Deutschen einig sind. Dieser Gedanke kommt am besten und eindringlichsten zum Ausdruck, wenn man Weimar als Tagungsort nimmt. Dieser Entschluß wird auch im Auslande am besten zugehen, daß wir Deutsche uns in den großen Zielen einig sind. In der großen Stadt Berlin wird in einigen Monaten vermutlich eine starke Bewegung der Arbeitslosen einsetzen. Es sind da Demonstrationen zu befürchten, die dem Geschäftsgang der Nationalversammlung nachteilig sind. Zwar haben auch die Arbeitslosen das Recht, ihre Meinung zu sagen, aber Zusammenstöße müssen doch vermieden werden. Die Nationalversammlung muß aus dem Rahmen der Berliner Lokalereignisse herausgenommen werden. Sie muß in Ruhe arbeiten können. Das kann sie in Weimar ohne weiteres. Aber auch aus sachlichen Gründen wird sich der Beschluß bewähren, weil in der stillen Stadt Weimar weit mehr Möglichkeiten besteht, Vollstimmungen und Kommissionshörungen eifrig zu besuchen. Die Ruhe und die Gleichmäßigkeit wird eine Beschleunigung der Verhandlungen ermöglichen, und an der Beschleunigung müssen wir alle ein Interesse haben. Mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung wird der Schlußstrich gemacht unter eine revolutionäre Ära. Es soll die neue Zeit des neuen Deutschland, das auf legaler Grundlage in demokratischem Sinne arbeiten soll.“

Wahlergebnisse.

Nach den vorläufigen, nichtamtlichen, Meldungen können bis jetzt 401 Abgeordnete als gewählt zur Nationalversammlung gelten, und zwar aus 28 Kreisen. Zu wählen sind insgesamt 433 Abgeordnete. Die 401 Abgeordneten verteilen sich auf die verschiedenen Parteien folgendermaßen:

Deutschnationale Volkspartei (frühere Konservative, Prekonserervative): 33;

Zentrum: 80;

Deutsche Volkspartei (frühere Nationalliberale, besonders die Rechtsnationalliberalen): 22;

Deutsche demokratische Partei (die Linkliberalen, die früheren Freisinnigen, die Fortschrittliche Volkspartei): 74;

Sozialdemokratische Partei: 160;

Unabhängige soz.-dem. Partei: 23.

Es entfallen außerdem im Wahlkreis Schleswig-Holstein (14): ein Abgeordneter aus dem Bauernbund und die Landarbeiter-Demokraten, im Wahlkreis Hannover (16): ein Abgeordneter des braunschweigischen Bauernbundes, außerdem sind zwei bayerische Bauernbündler in Oberbayern und Niederbayern (24, 25), zwei Bauernbündler, Weingärtner und Bürgerpartei in Württemberg (31, 32), und ein Welsche in Hamburg (30) gewählt.

Hessen.

Das vorläufige hessische Gesamtergebnis der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung

gibt folgendes Bild: Deutsche demokratische Partei 105 000, Deutsche Volkspartei 63 100, Zentrum 100 600, Deutschnationale Partei 31 600, Sozialdemokratische Partei 227 300, Partei der Unabhängigen 9600 Stimmen. Es fehlen hierbei noch 250 Orte, die eine wesentliche Veränderung kaum herbeiführen dürften. Soweit es sich übersehen läßt, würden sonach in Hessen den Sozialdemokraten vier Abgeordnete, den Demokraten, sowie dem Zentrum je zwei und der Deutschen Volkspartei ein Abgeordneter zufallen.

Bayern.

Nach einer vorläufigen Berechnung würden von den 45 Sitzen Bayerns für die Deutsche Nationalversammlung erhalten:

Bayerische Volkspartei (Zentrum) 18,
Sozialdemokratische Partei 16,
Deutsche Volkspartei 5,
Bayerischer Bauernbund 4,
Nationalliberale und Mittel-Partei 2,
Unabhängige keine. — Zusammen 45.

13 deutsche Freistaaten.

Der Verfassungsentwurf für das Deutsche Reich gelangt nach Berliner Blätter-Meldungen zur Berücksichtigung. Preußen wird zerschlagen. An der Spitze der Bundesrepublik steht die Republik Berlin mit ungefähr 10 Millionen Einwohnern, umfassend die Stadt- und Landkreise Groß-Berlin. — Dann soll sich anschließen eine Republik Preußen, umfassend Ostpreußen, Westpreußen und Bromberg, eine Republik Schlesien, der auch die Provinz Posen angehört und Ostböhmen umfaßt, die Republik Brandenburg, die Provinz Pommern, die Altmark und beide Mecklenburg-Schwerin umfassend, dann eine Republik Niedersachsen, umfassend Hannover, Salzwedel, Göttingen, Oldenburg und Braunschweig, eine Republik Westfalen mit den Kreisen Schaumburg-Lippe und Pyrmont, eine Republik Hessen, umfassend Hessen-Rassau und Großherzogtum Hessen, eine Republik Rheinland, umfassend die Rheinprovinz, die bayerische Pfalz und das Fürstentum Bielefeld. Wien soll ebenso wie Berlin reichsunmittelbar werden. Die anderen Teile Deutsch-Oesterreich sollen entweder zu Schlesien oder den Bundesstaaten Oberösterreich oder Bayern kommen. Außerdem soll ein Bundesstaat Deutsch-Oesterreich konstruiert werden.

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

— In der „Frankf. Ztg.“ lesen wir folgendes: „Es ist schon wahr, daß für viele, die sich noch immer stolz als die Träger der Revolution gebärden, die Revolution in Wirklichkeit doch nichts anderes ist, als eine große Lohnbewegung! Nur immer höhere Löhne wollen sie, und das Interesse der Gesamtheit, das Interesse der Demokratie, an einem freien deutschen Vaterlande, das sie aufbauen sollten, kennen sie nicht. Die rein materialistische Einstellung der Sozialdemokratie, die eben in der Erzielung ihrer Drossen vielfach auch nur die materiellen Ziele in den Vordergrund schob, rächt sich jetzt bitter. Es ist wahrlich an der Zeit, daß neue Lehrer des Idealismus aufstehen, damit der Geist der Revolution nicht völlig in Materialisten versumpfe, bevor er überhaupt noch recht zur Entfaltung zu kommen vermöchte!“

— Was die Behauptung der Undurchführbarkeit der Besteuerung des Vermögens zu wachses über 200 000 Mark betrifft, so bestimmt bekanntlich der § 28 des Entwurfs, daß die sich hierbei ergebenden Schwierigkeiten, wie sie etwa für einen Grundbesitzer oder ein industrielles Unternehmen entstehen können, durch besondere Bestimmungen geregelt werden sollen. Man ist an amtlicher Stelle durchaus der Meinung, daß diese Schwierigkeiten ohne Härten zu überwinden sein werden, wie z. B. im Falle eines Grundbesitzers durch Eintragung einer Sicherheitshypothek oder im Falle eines Unternehmens durch die Umwandlung des Unternehmens in eine Gesellschaft m. b. H. und die Abtretung entsprechender Anteile. Im übrigen ist die Forderung schärfter Erbschafts- und Kriegsgewinne bezw. Besteuerung von einer gewissen Höhe an keine sozialistische, sondern sie ist von allen bürgerlichen Parteien erhoben worden.

Lokales und Provinzielles.

Schierstein, den 23. Januar 1919.

* Ein ungewöhnlich milder Winter scheint uns in diesem Jahre beschieden zu sein. Seit den ersten strengen Frosttagen zu Ende November trat kaum mehr eine ernsthafte Kälteperiode mit Eisbildung auf. Die Winterfröhen zeigen daher heute noch ein frisches Aussehen wie zur Herbstzeit. Diese milde Witterung ist indes keineswegs nach dem Geschmack der Landwirte und Obstzüchter. Vom Januar wünschten sie sich strenge, eilige Kälte bei guter Schneedecke; denn „Januar muß vor Kälte knaken, soll im Sommer die Frucht auf sacken“, und „Januar warm, daß Gott erbarm“, klagt nach alter Erfahrung mit Recht eine alte Bauernregel. Für die Obstbäume wäre eine richtige Winterkälte schon um deswillen zu wünschen, daß der Saftstrom nicht zu früh einsetzt, um im Frühjahr einer sehr verderblichen Saftstockung Platz zu machen. Dieser hatten wir bekanntlich im letzten Jahre in erster Linie die völlige Mißernte in allen Obstsorten zu verdanken. Auch für die Vernichtung des Ungeziefers und des Unkrauts wäre eine strenge Winterkälte sehr erwünscht. Hoffentlich setzt diese bald doch noch ein.

* Umsatzsteuer. Das Umsatzsteuergesetz ist am 1. April 1918 in Kraft getreten. Der Warenumsatzsteuergesetz wird von diesem Tage an nicht mehr erhoben. Die Steuer beträgt 5 vom Tausend des für die Steuerpflichtige Lieferung oder Leistung im Laufe eines Kalenderjahres vereinnahmten Entgeltes. Der Steuerbetrag wird auf volle Mark noch unten abgerundet. Für Luxusgegenstände, die im Kleinhandel an Verbraucher oder Käufer abgegeben werden, sofern von letzteren nicht gewerbliche Weiterveräußerung erfolgt, erhöht sich die Steuer auf 10 vom Hundert. Steuermaßstab ist das Entgelt, das für die Lieferung bezw. Leistung vereinnahmt wird. Steuerpflichtige Unternehmen sind innerhalb zweier Wochen nach Beginn anzumelden. Die Entrichtung der Steuer liegt dem Verkäufer oder Leistenden ob. Durch die Abwälzung auf den Käufer oder Leistungsberechtigten ist jedoch letztes Endes der letzte Käufer, also der Verbraucher, der Steuerträger. Die Steuer darf nicht gesondert in Rechnung gestellt werden, sondern darf nur bei der Preisbemessung Berücksichtigung finden. Eine Rückzahlung überhöhter Umsatzsteuer findet nur auf schriftlichen Antrag statt, wenn Antrag innerhalb eines Jahres nach Ablauf des Steuerabschlusses, für den die Steuer entrichtet ist, gestellt wird. Steuerpflichtig sind alle Personen, Vereinigungen und Betriebe, die eine selbstständige gewerbliche Tätigkeit mit Einschluß der Urzeugung und des Handels ausüben, soweit die Lieferungen und Leistungen innerhalb dieser gewerblichen Tätigkeit liegen, hinsichtlich ihrer im Inland gegen Entgelt ausgeführten Lieferungen und sonstigen Leistungen. Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, Fischerei und des Gartenbaues, sowie der Bergwerksbetrieb. Die Gewerbsmäßigkeit ist stets anzunehmen, wenn Lieferung oder Leistung fortlaufend erfolgen. Steuerpflichtig sind hiernach auch z. B.: Rechtskonsulanten, Dentisten, Masseure, Krankenschwäger, Varietékünstler, Gasthausbetriebe, Beförderungsunternehmen, das Verwahrungs- und Lagerungsgewerbe, das Veranlagungsgewerbe, Wäschereien, Handwerksbetriebe aller Art, insbesondere auch insoweit sie Reparaturen, Installationen usw. ausführen, Vermietung möblierter Wohnungen und Zimmer, Bankbetriebe wegen der Gebühren für Depots. Wird ein Unternehmen im ganzen veräußert, so haftet der Erwerber für die Steuer des laufenden Steuerjahres auf die Zeit bis zur Übernahme des Unternehmens neben dem Veräußerer. Nicht steuerpflichtig sind: Angehörige freier Berufe, (Vergle, Rechtsanwältin, Künstler, Journalisten, Schriftsteller, Gelehrte, Lehrer, Patentanwälte, Landmesser, Marktscheider, Tier- und Zahnärzte) und die Unselbstständigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), Personen und Betriebe, bei denen die Gesamtheit der Entgelte in einem Jahre nicht mehr als 3000 Mark beträgt und nach näherer Bestimmung des § 3 des Gesetzes und der Ausführungsbestimmungen: Reich und Bundesstaaten bezüglich des Post-, Telegraphen-, Fernsprech-, Personen- und Güterverkehrs.

— Zuschlag zur Gepäckversicherung. Auf die Prämien der Gepäckversicherung ist auf einen Vorschlag Bayerns ein vorübergehender Steuerzuschlag von 200 Prozent eingeführt worden. Die Eisenbahnverwaltungen behalten sich aber eine Wiederaushebung des Zuschlages vor. Die Erhöhung gilt vom 10. Januar an. Wertmarken und Polzen werden handschriftlich geäußert.

— Die Kurkosten entlassener Kriegsbeschädigter. Mehr Beihilfen zu einem Kurgebrauch von entlassenen Kriegsbeschädigten hat der Kriegsminister auf eine Anfrage den Bescheid gegeben, daß die Heeresverwaltung hierzu nicht verpflichtet ist, auch nicht zur Erstattung von Kosten einer privatärztlichen Behandlung oder Aufnahme in eine Privatanstalt. Wenn die Versorgungsberechtigung als Folge einer Dienstbeschädigung im Kriege anerkannt ist, so kann der Rentenempfänger sich wegen seines Heilverfahrens in einer Militärheilstätte an den Bezirksfeldwebel wenden. Voraussetzungen für eine Kur sind Bedürftigkeit oder gewichtige Willkürgründe. Die Bewilligung einer Kurkostenbeihilfe an ausgediente Offiziere und obere Beamte wird in der Regel davon abhängig gemacht, daß das Leiden auf den Krieg zurückzuführen ist, die Kur notwendig und zweckdienlich ist, sowie bedürftige Lage. Begründete Gesuche sind an die Versorgungs-Abteilung für Hinterbliebene des Kriegsministeriums zu richten. Bei Feldzugsleiden, die einer besonderen Behandlung bedürfen, können neuerdings ausgediente Offiziere in eine Heil- oder Kuranstalt der Heeresverwaltung aufgenommen werden.

Amtliche Bekanntmachungen.

Betr. Ausgabe von Fleisch, Seifen- und Lebensmittelkarten.

Am Freitag, den 24. ds. Mts.

findet im Sitzungssaal des Rathhauses die Ausgabe der neuen Fleisch-, Seifen- und Lebensmittelkarten statt und zwar in folgender Reihe:

Bezirk 3 von 7 bis 9 Uhr vorm. (neue Zeit)

4 " 9 " 11 " nachm.
2 " 1 " 2½ " nachm.
1 " 2½ " 4 " "

Die vorgeschriebene Zeit ist einzuhalten, die Brotkartenausweise der laufenden Woche zur Kontrolle vorzulegen.

Betr. Ausgabe von Krankenbutter.

Die Ausgabe von Krankenbutter und für werdende und stillende Mütter findet Freitag, den 24. ds. Mts. zwischen 9 und 10 Uhr (alte Zeit) auf Zimmer 4 des Rathhauses statt.

Als verloren ist gemeldet:

Eine Brieftasche mit 400 Francs Inhalt. Abzugeben gegen gute Belohnung auf Zimmer 1 des Rathhauses.

Als gefunden ist gemeldet:

Ein Portemonnaie mit Inhalt.

Näheres auf Zimmer 1 des Rathhauses.

Bekanntmachung

Der Restbestand der Alibeldungsstelle soll jetzt vollständig an die minderbemittelte Bevölkerung zur Verteilung kommen. Auf die hiesige Gemeinde entfallen noch:

5 Stück Damenmantel
1 " Damen-Öde
7 " Herren Anzüge
5 " Herren-Brillieher
5 " Herren-Röcke
1 " Herren-Mantel getr.
1 " Wasch-Hose getr.
1 " Wäsche-Set Anzug
11 " Kinder-Öden
8 " Kinderkleider
6 " Arbeitshemde
30 " Damenhemde
2 " Damen-Blusen
9 " Kinderkleider getr.
7 " Kleider
15 " Wäsche-Öden
15 " Säuglingsunterlagen
6 " Kleider-Öde
14 " Damenhemden
3 " Kinder-Raps-Mantel
16 " Mädchenhemden
41 " Erst-Hemde
24 " Kinderhemden
6 " Männerhose getr.
6 " Kinderhose getr.
2 " Mädchenhose getr.
9 " Damenhose getr.
6 " Männer Unt. Hosen
3 " Kinderhemdhose
5 " Kinder-Mantel
6 " Kinder-Öde getr.
8 " Frauen Unt. Hosen
7 " Knaben-Hemden
6 " Stoff für Konfirmanden-Anzüge
14 " Knaben Anzüge getr.

Die Ausgabe der vorgenannten Bezugsscheine erfolgt Freitag, den 24. Januar 1919 auf Zimmer 1 des Rathhauses zwischen 1 und 3 Uhr (früher Zeit).

Schierstein, den 23. Januar 1919.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Wegfall von Personenzügen und Fahrplanänderungen.

Auf der Strecke Mainz—Aimshaus—Alzey fallen bis weiteres folgende Züge aus:

Pz 454 Mainz Hbf. ab 8:54 Alzey an 10:22 nachm. ab 20. Januar d. Js. Pz. 437 Alzey ab 7:44 Mainz Hbf. an 9:00 vorm. ab 21. Januar d. Js. Pz. 437 fällt auch zwischen Kirchheimbolanden und Alzey aus. An dessen Stelle wird Pz. 435 bis auf weiteres ab Kirchheimbolanden befördert: Kirchheimbolanden ab 5:35 vorm., Alzey an 6:07 vorm.

Auf der Strecke Mainz—Worms wird der Pz. 532 vom 20. Januar d. Js. ab wieder wie folgt von Mainz bis Oppenheim befördert: Mainz Hbf. ab 10:00 nachm. Mainz-Süd 10:06, Weisenau Hp. 10:11, Laubenheim (Rhein) 10:17, Bodenheim 10:24, Ruckheim 10:31, Rierstein 10:41 Oppenheim an 10:45 nachm.

Mainz, den 19. Januar 1919.

Eisenbahndirektionsbezirk Mainz.

Genehmigt am 19. Januar 1919 durch die Interalliierte Kommission der Feldbahnen der Rheinlande und durch die Unterkommission des Bezirks Mainz in Mainz.

Deutsche Volkspartei

Am Donnerstag, den 23. Januar, nachm 6 Uhr findet in der

Städtischen Turnhalle

an der Kaiserstr. (Freiherr von Steinstraße) in Biebrich eine

Wahlversammlung

statt, zu der wir unsere Mitglieder, Freunde und Interessenten freundlichst einladen.

Redner: Redakteur Jensch, Wiesbaden

Frl. Thekla Ilgen, "

Dr. W. F. Kalle, Biebrich

Die Turnhalle ist geheizt, für Sitzgelegenheit gesorgt.

Der Arbeiterausschuß der Deutschen Volkspartei

Biebrich a. Rhein.

Holzversteigerung.

Am

27. Januar ds. Js. vormittags 8½ Uhr

wird in den Distrikten 3 Alweier und 6 Bodenheim nachstehendes Nutz- und Brennholz öffentlich meistbietend an Ort und Stelle versteigert.

a Langnußholz.

65 Eichen-Stämme mit 57,34 Fm.

20 Buchen- " " 16,57 "

66 Kiefern- " " 50,43 "

b Schichtnuß- und Brennholz.

Eichen 27 Rm. Pfahlholz 1,8 m l

7 " Pfosten 2,2 "

74 " Scheit und Knüppel

625 Wellen.

Buchen 196 Rm. Scheit.

34 " Knüppel.

6200 Wellen.

Kiefern 18 Rm Scheit.

Für das Brennholz werden auswärtige Käufer nicht zugelassen. Sammelplatz für Käufer Holz nördl. Anzungen wird im Distrikt Bodenheim. Käufer werden darauf hingewiesen, daß sie sich mit einem Ausweis zu versehen haben.

Schierstein, den 21. Januar 1919.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Holzschuhe.

Buchen, garantiert fehlerfrei, hohe Form, in gangbarsten Männer- und Frauenarößen 1,90 pro Paar. Höchstverkaufspreis 7,35 Mark pro Paar. Musterfundung (große Bahnfundung, sortiert in gangbarsten Größen Herren- und Frauenstiefel 75 — Mark franko nur gegen vorherige Einzahlung des Betrags. Bei Nichtgefallen garantieren wir willige Zurücknahme und Rückzahlung des Betrages. Um genaue Adresse und für Bahnfundungen Anzeigestation wird gebeten. Garantie für gute Verstand gestallt.

Holzschuh-Fabrik Wimbach (Rheinipfalz).

An das preussische Volk!

Preußen ist wie das Deutsche Reich und alle anderen Bundesstaaten durch den Volkswillen zum freien Staat geworden. Aufgabe der neuen preussischen Landesregierung ist, das alte, von Grund auf reaktionäre Preußen so rasch wie möglich in einen völlig demokratischen Bestandteil der einheitlichen Volksrepublik zu verwandeln.

Welche Regierung kann das?

Eine Regierung, die von einer sozialdemokratischen Mehrheit gestützt wird.

Die Sozialdemokratie tritt daher in diesen Tagen zum zweiten Male vor die Wähler und Wählerinnen mit dem Aufrufe zur Wahl. Die Wahl zur preussischen Nationalversammlung erfolgt genau wie die am letzten Sonntag erfolgte Wahl zur deutschen Nationalversammlung auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts für alle Männer und Frauen vom 20. Lebensjahre ab. Von den zahlreichen Aufgaben, die sich die **Sozialdemokratie** in der neuen preussischen Landesversammlung gestellt hat, seien folgende hervorgehoben:

Demokratisierung aller Verwaltungskörperschaften.

Beseitigung aller Gutsbezirke.

Völlig gleiches Wahlrecht beider Geschlechter für alle Gemeindevertretungen in Stadt und Land.

Entsprechende Umgestaltung der Kreis- und Provinzialvertretungskörper.

Raschster Ausbau und Entwicklung aller Verkehrsmittel, insbesondere der Eisenbahnen und Kanäle.

Hebung und Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft.

Ausbau aller Bildungsinstitute, insbesondere der Volksschule.

Schaffung der Einheitsschule.

Befreiung der Schule von jeder kirchlichen Bevormundung.

Umgestaltung der Rechtspflege und des Strafvollzugs im Geiste der Demokratie und des Sozialismus.

Reform des gesamten Steuerwesens nach den Grundsätzen strengster sozialer Gerechtigkeit.

Durchführung der uneingeschränkten Koalitionsfreiheit für alle Staatsarbeiter und Beamten.

Gründliche Reform der Besoldungs- und Lohnverhältnisse der Arbeiter und Beamten einschließlich der Pensionäre und Altpensionäre, und bis zur endgültigen Regelung die Gewährung ausreichender Teuerungszulagen.

Wählerinnen und Wähler! Preußen war bisher der rückständigste Staat in Gesetzgebung und Verwaltung. Das Junkertum Ostpreußens regierte rücksichtslos nach seinen eigenen Interessen und pfiff auf die Volkswohlfahrt. Denkt an den Polizeigeist in den Städten, an die Mißwirtschaft konservativer Landräte in den Landkreisen!

Die staatliche Umwälzung hat das alte Junkerregiment gestürzt und das Volk muß jetzt dafür sorgen, daß Willkürherrschaft in Preußen nie mehr einreißen kann. Das kann nur geschehen durch die Wahl von Sozialdemokraten.

Wer also will, daß in der preussischen Nationalversammlung Volksinteressen vertreten werden, der wähle die Kandidaten der Sozialdemokratie, der wähle folgende Liste:

1. Eduard Gräf, Arbeitersekretär, Frankfurt a. M.
2. Richard Hauschild, Stadtverordneter, Cassel.
3. Eduard Schreiber, Goldarbeiter, Hanau.
4. Andreas Weber, Schmied, Griesheim.
5. Frau Lina Ege, Frankfurt.
6. Albert Greyński, Gewerkschaftssekretär, Cassel.
7. Otto Haese, Gewerkschaftssekretär, Wiesbaden.
8. Christof König, Lehrer, Frankfurt.
9. Heinrich Wittich, Parteisekretär, Frankfurt.
10. Auguste Jordan, Rentant, Cassel.
11. Christian Wittreck, Parteisekretär, Cassel.

12. Arthur Kunde, Werkmeister, Schlüchtern.
13. Adam Krug, Kriegsinvalide, Bischofsheim.
14. Anton Walter, Angestellter, Soden i. L.
15. Karl Königer, Mechaniker, Wehlar.
16. Frau Marie Schmidt, Hanau.
17. Louis Quadt, Stadtverordneter, Wigenhausen.
18. Romanus Göller, Kassenbeamter, Frankfurt.
19. Jakob Mayer, Brauer, Oberzweeren.
20. Georg Scheffler, Fabrikarbeiter, Viebrich.
21. Adam Otto, Schriftfeger, Marburg.
22. Heinrich Oppermann, Landwirt, Ochshausen.

Die sozialdemokratische Partei für den Wahlkreis Wiesbaden, Viebrich, Rheingau, Untertannus.

Danksagung.

Für die uns erwiesene herzliche Teilnahme beim Tode unserer lieben Tante

Frau Maria Lachmann

und für die ihr gewidmeten Kranzspenden, sowie Herrn Pfarrer Cunz für die Trostesworte am Grabe sagen wir hiermit unseren innigsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Schierstein, den 21. Januar 1919.

Putzfrau

für einige Stunden Freitags und Samstags gesucht.
Näheres in der Geschäftsstelle.

Für jede

Auskunft

durch die Geschäftsstelle bei Vermietung von Wohnungen etc. wird eine Gebühr von 5 Pfennig erhoben.

Schiersteiner Zeitung.

Wein-Etiketts

in feinsten Ausführung nach vorliegendem Musterbuch liefert

Druckerei W. Probst

Rote Rüben

Pfd. 15 Pfg.

Gelbe

(rote)

Pfd. 15 Pfg.

Gelbe

(gelbe)

Pfd. 10 Pfg.

Konsumverein Viebrich,

Filiale Schierstein, Dogheimerstraße.

Schulranzen

Größte Auswahl.

Billigste Preise

offert als Spezialität

A. Letschert Wiesbaden, Faulbrunnenstrasse 10
Reparaturen.

Deutsche demokratische Partei.

An die Wähler und Wählerinnen Schiersteins.

Am Sonntag, den 26. Januar, sollt Ihr zum zweiten Male bekunden, daß Ihr gewillt seid, Euch von dem Joch der sozialdemokratischen Klassenherrschaft zu befreien.

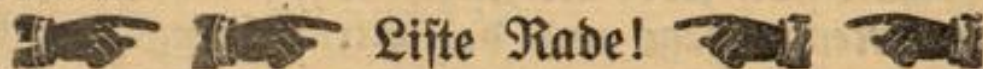
Wir brauchen Euch von der Wichtigkeit der bevorstehenden Wahlen zur

Preussischen Landesversammlung

nicht erst zu überzeugen, wenn wir darauf aufmerksam machen, welchen Einfluß die Landesversammlung bezw. deren Zusammensetzung auf die bevorstehenden Kommunalwahlen ausüben wird. Gegen die Sozialdemokratie müssen wir vereint stehen, gegen ihre beabsichtigte Verstaatlichung aller Betriebe und gegen eine absolute und radikale Trennung von Kirche und Staat.

Unser aus allen Wunden blutender Volkskörper kann ein weiteres Experimentieren à la Dr. Eisenbart nicht mehr ertragen und würde elend zu Grunde gehen.

Darum erwarten wir am Sonntag eine noch regere Wahlbeteiligung und bitten Euch dringend, gebt Eure Stimmen nur der



der List der deutschen demokratischen Partei.

Deutsche Volkspartei.

Auch bei der Landtagswahl heißt es geschlossen eintreten für:

Reichseinheit bei freier Entfaltung kultureller Stammesart innerhalb derselben.

Weiteste Selbstverwaltung auf demokratischer Grundlage in Gemeinde, Kreis und Provinz.

Volle Gleichberechtigung aller Bürger auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, ohne Rücksicht auf Herkunft, Konfession und bürgerliche Stellung.

Erhaltung und Kräftigung des Mittelstandes.

Erhaltung und Förderung einer leistungsfähigen Landwirtschaft.

Sicherung der Stellung der Beamten, Offiziere und Lehrer, materiell und rechtlich.

Gleichberechtigung der Frau im öffentlichen Leben.

Erhaltung der Verbindung von Staat und Kirche.

Sicherung der Staatsanleihen, der gewährleisteten Pensions- und Rentenbezüge.

Wer auch im engeren Staate Preußen diese Ideen verwirklicht sehen will, wähle die Liste

Gebeschus - Kalle.